

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

4/2020

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Vorwort

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag





Vorwort

Weihnachten 2020

Das Jahr 2020 neigt sich seinem Ende entgegen. Weihnachten, die Zeit der Stille, der Einkehr und des familiären Miteinander steht unmittelbar bevor und doch ist in diesem Jahr alles anders, als wir es kennen und lieben.

Mein „Weihnachten“ begann in jedem Jahr mit dem Besuch des Weihnachtsmarktes in Trebbin am ersten Adventswochenende, es folgten gemütliche Weihnachtsfeiern zum Jahresausklang mit Freunden und Kollegen, Weihnachtskonzerte der Kreismusikschule sowie andere schöne Dinge. Daraus wird in diesem Jahr leider nichts.

Wer hätte vor genau einem Jahr gedacht, welche Herausforderungen uns das Jahr 2020 mit auf den Weg geben würde?

Gerade erst war die CDU Brandenburg in eine frische und mit Tatendrang antretende neue Landesregierung eingetreten und wir alle hatten neue Ideen, neue Pläne für das Jahr 2020.

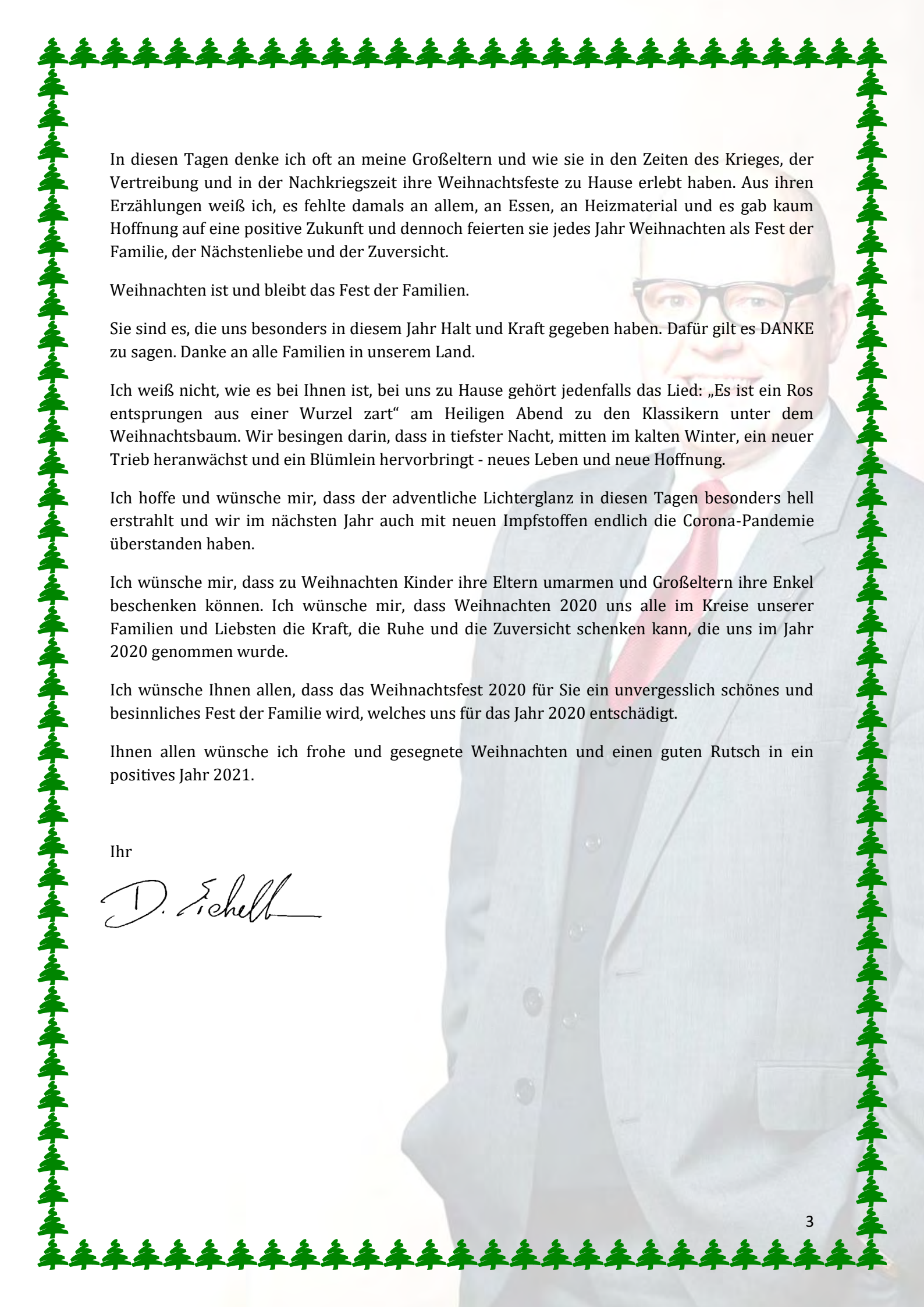
2020 sollte ein würdevolles Jubiläumsjahr werden. In Potsdam, Luckenwalde und im gesamten Land wollten wir gemeinsam mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern den 30. Jahrestag der Deutschen Einheit feiern. Teltow-Fläming entwickelte sich in den letzten Jahren wirtschaftlich so positiv, dass die Oskar-Patzelt-Stiftung im Oktober den Landkreis als Premier-Kommune mit dem „Oskar“ auszeichnete.

Nichts in der Welt ließ uns daran glauben, dass das Jahr 2020 von einem Virus bestimmt würde, dessen Reichweite den gesamten Globus erfassen könnte.

Der erste Lockdown im Frühjahr traf uns alle hart, besonders die Familien, die Veranstaltungswirtschaft, Gastronomen, Einzelhändler, Hoteliers und andere Gewerbetreibende. Nie zuvor hatten die Menschen in Teltow-Fläming, Brandenburg und Deutschland mit solch drastischen Einschnitten in das gesellschaftliche und private Leben zu kämpfen. Nach einem entspannten Sommer fordert uns nun in der dunklen Jahreszeit erst der Lockdown-light und nun ein harter Lockdown heraus und wieder treffen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen Gastronomen, Hoteliers, Veranstalter, Kulturschaffende, Sportvereine, Einzelhändler u.a. besonders hart, auch wenn es hierfür umfangreiche Wirtschaftshilfen gibt.

Bei allen Fragen, Ängsten und unterschiedlichen Standpunkten kommt es aber jetzt darauf an, dass unsere Gesellschaft zusammenhält, gerade jetzt in der Weihnachtszeit.

Martin Hein, der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck sagte einmal: „Weihnachten ist längst entschieden: Gott ist in der Welt - gegen das Leiden und die Härte, gegen Falschheit und Verzweiflung. Bei allen Krisen und in allen Nöten entdecken wir die Spur der Hoffnung. Weihnachten tut gut!“



In diesen Tagen denke ich oft an meine Großeltern und wie sie in den Zeiten des Krieges, der Vertreibung und in der Nachkriegszeit ihre Weihnachtsfeste zu Hause erlebt haben. Aus ihren Erzählungen weiß ich, es fehlte damals an allem, an Essen, an Heizmaterial und es gab kaum Hoffnung auf eine positive Zukunft und dennoch feierten sie jedes Jahr Weihnachten als Fest der Familie, der Nächstenliebe und der Zuversicht.

Weihnachten ist und bleibt das Fest der Familien.

Sie sind es, die uns besonders in diesem Jahr Halt und Kraft gegeben haben. Dafür gilt es DANKE zu sagen. Danke an alle Familien in unserem Land.

Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, bei uns zu Hause gehört jedenfalls das Lied: „Es ist ein Ros entsprungen aus einer Wurzel zart“ am Heiligen Abend zu den Klassikern unter dem Weihnachtsbaum. Wir besingen darin, dass in tiefster Nacht, mitten im kalten Winter, ein neuer Trieb heranwächst und ein Blümlein hervorbringt - neues Leben und neue Hoffnung.

Ich hoffe und wünsche mir, dass der adventliche Lichterglanz in diesen Tagen besonders hell erstrahlt und wir im nächsten Jahr auch mit neuen Impfstoffen endlich die Corona-Pandemie überstanden haben.

Ich wünsche mir, dass zu Weihnachten Kinder ihre Eltern umarmen und Großeltern ihre Enkel beschenken können. Ich wünsche mir, dass Weihnachten 2020 uns alle im Kreise unserer Familien und Liebsten die Kraft, die Ruhe und die Zuversicht schenken kann, die uns im Jahr 2020 genommen wurde.

Ich wünsche Ihnen allen, dass das Weihnachtsfest 2020 für Sie ein unvergesslich schönes und besinnliches Fest der Familie wird, welches uns für das Jahr 2020 entschädigt.

Ihnen allen wünsche ich frohe und gesegnete Weihnachten und einen guten Rutsch in ein positives Jahr 2021.

Ihr



Neues aus dem Wahlkreis

Neuer Ärger für Brandenburgs SPD

Kurz nach dem Skandal um die verbotene Einmischung von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) in die Neuruppiner Bürgermeisterwahl missbraucht erneut ein Brandenburger SPD-Politiker sein Amt zum Wahlkampf für die Partei. CDU, Grüne und Linke sind empört. "Das wäre sicher eine Meldung in der Tagesschau wert", jubelt Ludwigsfelde Bürgermeister Andreas Igel (SPD) auf der Facebook-Seite der Stadt: Am Mittwoch ist Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) Stargast seiner digitalen Bürgermeister-Sprechstunde. Er hat sich selbst eingeladen. Was will der Vizekanzler in der Kleinstadt? Ludwigsfelde gehört zum Bundestags-Wahlkreis, den Scholz 2021 erobern will. Er wurde im Oktober von den Genossen aufgestellt. Gegen Grünen-Chefin Annalena Baerbock, CDU-Lokalheldin Saskia Ludwig und Ex-FDP-Generalin Linda Teuteberg. Da kann ein Internet-Auftritt mit dem Bürgermeister nützen. "Auf einer SPD-Veranstaltung darf Scholz das machen", sagt CDU-Kreischef Danny Eichelbaum, "aber nicht in der Rathaus-Sprechstunde! 10 Monate vor der Bundestagswahl sind Amtsträger verfassungsrechtlich verpflichtet, weder Wahlwerbung zu machen, noch Kandidaten öffentlich zu unterstützen." "Das ist ein klarer Verstoß gegen die Neutralitätspflicht von Amtsträgern", schäumt Grünen-Landeschefin Julia Schmidt. Linke-Geschäftsführer Stefan Wollenberg sagt: "Das geht ja gar nicht. Ich gehe davon aus, dass die Veranstaltung so nicht stattfinden wird!"

Quelle: BZ, 14.12.2020

Grabmal von Ernst von Stubenrauch gereinigt

Eine Privatinitiative hat begonnen, das Grabmal von Ernst von Stubenrauch zu säubern. Die Anlage ist in einem schlechten Zustand

Genshagen. Erste Arbeiten an der Grabstätte des ehemaligen Landrats Ernst von Stubenrauch: Der Vorsitzende des Kreistages, Danny Eichelbaum (CDU), Holger Schmidt, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Arbeitsgesellschaft Klausdorf und Michael Bolz, Pfarrer der Gemeinde Genshagen, haben sich in einer Privatinitiative und nach Rücksprache mit Denkmalschützern mit Bürsten und einem leichten Reinigungsmittel darangemacht, den Grabstein auf dem Ehrengrab des Landrats zu reinigen. Wann es mit den Arbeiten am Zaun, der Grabeinfriedung und der Beseitigung von Unkraut sowie allen weiteren notwendigen Arbeiten weitergeht, ist mehr als ein halbes Jahr nachdem die MAZ über den Zustand des Ehrengrabes berichtete, immer noch ungewiss.



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.10.2020

08.12.2020 Eröffnung der
Jugendverkehrsschule in Woltersdorf



28.10.2020 Haushaltsklausur der CDU-
Landtagsfraktion in Diedersdorf



27.10.2020 Arbeitsgespräch mit
Bürgermeister Stefan Scheddin
in Ruhlsdorf

12.10.2020 Einweihung des Neubaus des Evangelischen Krankenhauses
Ludwigsfelde mit Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke





Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Jüterbog: 2,25 Millionen für Stadtentwicklung

Baustatssekretär Rainer Genilke (CDU) übergab den Bescheid am Mittwoch virtuell per Videokonferenz. Die Fördermittel aus verschiedenen Bund-Länder-Programmen fließen in wichtige Infrastrukturmaßnahmen der Stadt.

Die Stadt Jüterbog hat vom Land Brandenburg eine Förderung in Höhe von 2,25 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen erhalten. Den entsprechenden Zuwendungsbescheid überreichte der Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Rainer Genilke (CDU), Bürgermeister Arne Raue (Wsj) und dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Danny Eichelbaum (CDU) am Mittwoch per Videokonferenz. Die Mittel werden der Stadt aus verschiedenen Bund-Länder-Programmen bereitgestellt und werden für Straßenbauprojekte, die Sanierung von Denkmälern und für die Stärkung des sozialen Miteinanders eingesetzt.

„Jüterbog gehört zu den Städten im weiteren Metropolenraum mit einer guten Verkehrsanbindung an Berlin. Der gut erhaltene historische Stadtkern und seine strukturelle Geschlossenheit sind eine große Besonderheit der Stadt“, so Staatssekretär Genilke zur Bedeutung Jüterbogs.

Eierturm wird saniert

Konkret gefördert werden mit 676.000 Euro die Nebenanlagen der Ortsdurchfahrt B102 im Bereich Große Straße/Pferdestraße und die Sanierung des Eierturms im Sanierungsgebiet „Altstadt“ sowie mit 824.000 Euro die Nebenanlagen der Ortsdurchfahrt B102 im Bereich Vorstadt Damm und Schloßstraße im Sanierungsgebiet „Mittelalterliche Vorstädte und Wallanlagen“. Weitere 500.000 Euro werden für die Sanierung des Klostermuseums im Sanierungsgebiet „Gut Kaltenhausen“ verwendet. Die Fördermittel werden aus dem Bund-Länder-Programm „Lebendige Zentren“ bereitgestellt. Des Weiteren stellt das Land Brandenburg der Stadt Jüterbog 250.000 Euro aus dem Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ bereit. Eingesetzt werden diese für den barrierefreien Ausbau der Lindenstraße und die Herstellung eines Regenwasserrückhaltebeckens sowie für die Fortführung des Quartiersmanagements.

Defizite werden beseitigt

„Die Städtebauförderung ist eine strukturelle Daueraufgabe. Diese hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in den Städten und Gemeinden in Brandenburg zu einer kommunalen Schwerpunktaufgabe entwickelt. Unsere Stadt Jüterbog hat davon im besonderen Maße profitiert“, erklärt Danny Eichelbaum (CDU). Ziel der Förderung sei die Beseitigung städtebaulicher Missstände und Entwicklungsdefizite und damit die Aufwertung und Verbesserung innerörtlicher Gebiete. „Ich bin froh, dass das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung damit die städtebauliche Weiterentwicklung der Stadt Jüterbog aktiv unterstützt“, so Eichelbaum weiter. „Es ist richtig, dass das Land gemeinsam mit dem Bund in Jüterbog investiert. Damit stärken wir die Attraktivität unserer Stadt.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.12.2020



Digital mit Partnern in Polen verbunden

Teltow-Fläming Kreistagsvorsitzender und Landrätin halten weiterhin engen Kontakt zum polnischen Partnerkreis Gniezno.

Luckenwalde. Kommunale Partnerschaft lebt von Begegnungen. Momentan ist es jedoch nicht möglich über die Landesgrenzen hinaus unbeschwert zu reisen und sich persönlich zu treffen. Deshalb hat der Landkreis Teltow-Fläming ein virtuelles Treffen initiiert, um sich über die aktuelle Lage in beiden Landkreisen auszutauschen, informiert die Kreisverwaltung. Zwar stand das Thema Corona-Pandemie im Vordergrund, aber die Partnertauschten sich auch über die bevorstehenden Projekte und anstehenden Investitionen in beiden Kreisen aus. Die Verwaltungsleitung aus Gniezno konnte von einer Eröffnung einer psychotherapeutischen Einrichtung berichten. Landrat Piotr Gruszczyski verwies auf die große Bedeutung von solchen Hilfseinrichtungen gerade in dieser Zeit, in der es vermehrt zu Depressionen wegen Einsamkeit und häuslicher Gewalt in der Bevölkerung kommt.

Austausch von Informationen

Die deutsche Seite informierte über die Auswirkungen der Eröffnung des Flughafens BER auf den Wirtschaftsraum Teltow-Fläming. Landrätin Kornelia Wehlan berichtete über bevorstehende Landratswahlen im Jahr 2021 und über die jüngst in Empfang genommene Auszeichnung zur Premier-Kommune durch die Oskar-Patzelt-Stiftung für den Landkreis Teltow-Fläming. Wehlan betonte: „Der Zusammenhalt der Bevölkerung in beiden Kreisen ist von großer Bedeutung, um die Krise zu überstehen.“ In beiden Kreisverwaltungen wisse man, wie sich die Menschen nach Kontakten und Begegnung sehnen, sei es der Spielenachmittag in der Senioreneinrichtung, eine Veranstaltung oder das unbeschwerte Treffen unter Verwandten und Bekannten. Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum betonte, dass die Situation für alle schwierig sei – die Intensivbettenzahl werde zunehmend knapper, die Pflegekräfte seien am Limit, die Wirtschaft leide und die Infektionszahlen seien anhaltend hoch. Die Partner sprachen zudem über Arbeitsbedingungen in ihren Verwaltungen, und was getan wird, um Kontakte zu vermeiden. Landrätin Kornelia Wehlan berichtete über die Möglichkeit, im Homeoffice für die Kreisverwaltung zu arbeiten. Arbeitsgespräche finden in beiden Kreisen zunehmend virtuell statt.

Mehr über digitale Wege gehen

Einig waren sich beide Seiten, dass mehr digitale Wege gegangen werden müssen, um an der Partnerschaft und beständigen Zusammenarbeit festzuhalten. Zum Abschluss verwies Eichelbaum auf den 30. Jahrestag des Nachbarschaftsvertrags zwischen Deutschland und Polen am 17. Juni 2021. Die Partnerschaft zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Kreis Gniezno bekräftige das gute Verhältnis zwischen beiden Staaten und erfülle es mit Leben. Seit dem 23. August 2003 unterhält der Landkreis Teltow-Fläming eine Kooperation mit dem polnischen Kreis Gniezno. Grundlage dafür ist die „Gemeinsame Erklärung über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen dem Kreis Gniezno und dem Landkreis Teltow-Fläming“. Vereinbart wurde seinerzeit u. a., dass der DRK- Kreisverband Fläming-Spreewald und das Rote Kreuz aus dem polnischen Gniezno sowie beide Wirtschaftsförderungen eine enge Zusammenarbeit pflegen. Mittlerweile geht auch diese Partnerschaft weit darüber hinaus.

Corona-Situation in Polen

In Polen ist eine massive Zunahme von Covid-19-Infektionen zu verzeichnen. In allen Woiwodschaften Polens liegt die 7-Tage-Inzidenz deutlich über 100 Fälle pro 100 000 Einwohner, weshalb ganz Polen als Risikogebiet eingestuft wurde.

Quelle: Lausitzer Rundschau vom 18.12.2020



Ehrenamt in Teltow-Fläming - Engagierte Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises wurden geehrt

Luckenwalde. In diesem Jahr kam alles anders: Trotz intensiver Bemühungen, die Feierstunde zum Tag des Ehrenamtes 2020 mit angemessenem Hygienekonzept am 3. Dezember im Kreishaus umzusetzen, musste sie auf Grund des aktuellen Infektionsgeschehens abgesagt werden. Landrätin Kornelia Wehlan und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum wollten es dennoch nicht versäumen, die Ehrungen zu übergeben. In diesem Jahr „mit Abstand“ – also postalisch, aber dennoch nicht mit weniger Würdigung.

„In Zeiten der Corona-Pandemie steht auch das ehrenamtliche Engagement vor großen Herausforderungen und erlangt zugleich eine besondere Bedeutung. In Deutschland engagieren sich etwa 30 Millionen Menschen ehrenamtlich. Ohne dieses Engagement würde es eine Vielzahl von Angeboten nicht geben – auch nicht im Landkreis Teltow-Fläming. Es geht um das Leben und die Gemeinschaft, und beides können wir zusammen prägen können. Die Menschen sind es, die unseren Landkreis so l(i)ebenswert machen. Und dafür danke ich ihnen von Herzen“, betont Landrätin Kornelia Wehlan.

Auch Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum stellt die große Bedeutung des Ehrenamtes in den Vordergrund:
„Das bürgerschaftliche Engagement ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Ich bin stolz, verdiente Bürger in Teltow-Fläming jedes Jahr stellvertretend für die vielen Menschen im Kreis zu ehren, die sich tagtäglich für ihre Mitmenschen einsetzen und sich so tatkräftig im Ehrenamt engagieren. Durch die Corona-Pandemie waren und sind wir vor besondere Herausforderungen gestellt. Hier zeigt sich besonders die Bedeutung im Ehrenamt, beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe. Am Internationalen Tag des Ehrenamtes möchte ich mich ausdrücklich für das gesellschaftliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger bedanken.“

In diesem Jahr wurden folgende Bürger von den Kommunen für eine Ehrung vorgeschlagen:

Gemeinde Am Mellensee:	Ulf Heimann aus Kummersdorf-Alexanderdorf
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	Dr. Ulrike Kersting
Gemeinde Großbeeren:	Antonia Queren-Wolf aus Diedersdorf
Gemeinde Dahmetal:	Carola Heinecke
Gemeinde Ihlow:	Werner Schröder aus Illmersdorf
Gemeinde Niederer Fläming:	Reinhard Schmidt aus Werbig
Stadt Dahme/Mark:	Harald Schenke
Stadt Ludwigsfelde:	Maren Ruden
Stadt Luckenwalde:	Klaus Kaiser
Gemeinde Niedergörsdorf:	Malgorzata Lesko aus Altes Lager
Gemeinde Nuthe-Urstromal:	Martin Volkmann aus Zülichendorf
Gemeinde Rangsdorf:	Wolfgang Bonneß
Stadt Trebbin:	Ute Buchhorn aus Löwendorf
Stadt Jüterbog:	Kathrin Niemeyer aus Oehna
Stadt Zossen:	Prof. Dr. Sonja Brentjes

Quelle: Blickpunkt, 07.12.2020



Teltow-Flämings Kreistag könnte bald online tagen

Viele Politiker in Teltow-Fläming wollen gerade in Corona-Zeiten verantwortungsvoll handeln und sich nicht mehr persönlich treffen. Doch das ist nicht so einfach. Der IT-Chef im Luckenwalder Kreishaus erklärt, warum.

Durchschnittlich 30 Menschen stecken sich in Teltow-Fläming täglich mit dem Coronavirus an – trotzdem treffen sich die Mitglieder des Kreistags derzeit persönlich im Kreishaus für die Sitzungen der verschiedenen Fachausschüsse. Viele Politiker stören sich nun aber daran. „Ich hätte mir angesichts der Infektionszahlen lieber eine Videokonferenzkonferenz gewünscht“, sagte der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Helmut Barthel (SPD) am Montag.

Immerhin hatte das Land im Frühjahr extra ein neues Gesetz verabschiedet, damit sich politische Gremien ab sofort digital per Video- oder Audiositzung virtuell treffen können. Im Haushalts- und Finanzausschuss des Kreises diskutierten Politiker und Verwaltung am Montag über den Status Quo der Digitalisierung – getroffen haben sie sich gezwungenermaßen aber wieder persönlich im Kreistagssaal in Luckenwalde.

Schon im Kreistag Ende Oktober waren die virtuellen Sitzungen ein Streitthema. Matthias Stefke (BVB/FW) hatte damals hinterfragt, warum es im Kreis bisher nicht möglich ist, Ausschüsse online abzuhalten. Doch der Vorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) erklärte auf eine Nachfrage bei der Verwaltung: „Der Landtag hat als Gesetzgeber eine eindeutige Regelung für die Durchführung von digitalen Sitzungen kommunaler Gremien geschaffen. Das Ministeriums des Innern und für Kommunales und das Rechtsamt der Kreisverwaltung haben meine rechtliche Auffassung dazu eindeutig bestätigt. Demnach sind Sitzungen als Video- und Telefonkonferenzen nur dann möglich, wenn festgestellt wird, dass eine ordnungsgemäße Sitzung nicht mehr durchgeführt werden kann, weil Abgeordnete erkrankt sind, sich in Quarantäne befinden oder zu einer Risikogruppe gehören.“

Weil anderen Politikern die Antwort von Eichelbaum und der Verwaltung zu kurz gegriffen war, hagelte es erneut Kritik. Der Vorsitzende des Kreistags startete daraufhin eine Abfrage unter den Gewählten, ob sie sich in den nächsten Wochen in der Lage sehen, an den Ausschüssen vor Ort teilzunehmen. „Kein einziger Kreistagsabgeordneter hat mir daraufhin mitgeteilt, dass er nicht an den Gremiensitzungen des Kreistages teilnehmen kann oder möchte“, erklärt Eichelbaum nun.

In der Ausschusssitzung am Montag war die Grundsatzentscheidung – virtuelle Treffen ja oder nein – aber nicht die einzige Problematik. Der Leiter der IT-Abteilung im Kreishaus berichtete obendrein von großen Hindernissen technischer Art. „Es gibt dafür bisher kein System, welches zu 100 Prozent datenschutzkonform arbeitet“, erklärte Sachgebietsleiter Alexander Buttenberg. In der freien Wirtschaft, wo virtuelle Meetings spätestens seit der ersten Coronawelle zum Alltag gehören, würde über dieses Problem oft schneller und leichter hinweggesehen. In einer öffentlichen Verwaltung setze man die Anforderung allerdings höher.

Anderswo treffen sich Politiker bereits online. Im Landtag finden Videokonferenzen seit einigen Monaten statt – nicht immer läuft das technisch reibungslos ab. Auch im benachbarten Landkreis Potsdam-Mittelmark gab es in den vergangenen Wochen die ersten Sitzungen übers Internet. IT-Chef Buttenberg will sich das aber nicht unüberlegt anschauen. Er bemängelt Sicherheitsaspekte der Software, die andere Kommunen nutzen.

Doch der IT-Chef im Kreishaus hat eine Lösung gefunden: „Wir stellen uns jetzt selbst einen Server ins Haus“, erklärte Buttenberg. Die Arbeiten dafür laufen bereits. Doch dass bald alle Einwohner von zu Hause aus den Debatten der Ausschüsse und des Kreistags live folgen können,

bleibt wohl ein Wunschtraum. Alexander Buttenberg erklärt, Live-Übertragungen über frei zugängliche Plattformen wie Youtube seien trotz eigenem Server weiterhin Zukunftsmusik.

Vorerst kein Angebot für Städte und Gemeinden

„Wir haben kein Problem, an Videoschalten teilzunehmen“, fasste die Landrätin zusammen, „aber wir haben ein Problem, Videoschalten selbst zu organisieren.“ Deshalb ist man in der Verwaltung vorerst auch dagegen, den neuen Server quasi als Dienstleistung für mögliche Onlinekonferenzen den Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Diesen Vorschlag hatte Judith Kruppe (Linke) gemacht. Immerhin dürften die Kommunen in Teltow-Fläming dieselben Probleme haben wie der Kreis, erklärte sie. „Bevor wir eine Dienstleistung für unsere Kommunen anbieten“, sagte Amtsleiter Karsten Dornquast, „sollten wir erst einmal eine gute Lösung für unsere Zwecke finden.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.11.2020



27.11.2020 Übergabe von 3200 Euro an die Jugendfeuerwehr der Gemeinde Niedergörsdorf

**Volkstrauertag in Teltow-Fläming: Gedenken für die Opfer von Krieg und Gewalt
Politiker, Einwohner und Kirchenvertreter gedachten zum Volkstrauertag der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Doch wegen der aktuellen Corona-Situation galten besondere Regeln.**

Am Volkstrauertag wurde an mehreren Orten in Teltow-Fläming der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht, doch wegen der strengen Corona-Vorschriften musste die Tradition diesmal unter besonderen Bedingungen umgesetzt werden.

Mit Maske und Abstand

In Luckenwalde trafen sich am Sonntagvormittag Vertreter der Stadt, der Stadtverordneten und der Parteien am Waldfriedhof. Wer teilnehmen wollte, musste auch unter freiem Himmel eine Maske tragen, seine Kontaktdaten hinterlassen und die Sicherheitsabstände einhalten.

Nachdem Vize-Bürgermeister Ingo Reinelt und der Stadtverordnetenvorsitzende Jochen Neumann (Linke) am Gräberfeld der Opfer des Ersten Weltkrieges Blumengebinde niedergelegt hatten, wandte sich Heidemarie Migulla vom Stadtverband der Linken an die Anwesenden. Sie rezitierte das Gedicht „Drei Minuten Gehör“, das der deutsche Schriftsteller Kurt Tucholsky nach dem Ersten Weltkrieg geschrieben hatte.

„Ihr sollt drei Minuten innehalten. Wir sind ja nicht unter Kriegsgewinnern. Wir wollen uns einmal erinnern“, heißt es darin. Tucholsky erinnerte an „vier lange blutige Jahre“ des Krieges, wandte sich damals an die Männer, die Frauen und schließlich an die Jugend: „Ihr seid die Zukunft! Euer das Land! Schüttelt ihn ab, den Kriegsverständnis.“, las Heidemarie Migulla, um mit der Botschaft zu enden: „Nie wieder Krieg!“

Gedenken des Landes am Sonnabend in Baruth

Bereits am Sonnabend fand die zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Brandenburg in Baruth an der deutschen und an der sowjetischen Kriegsgräberstätte statt. Landtagspräsidentin Ulrike Liedtke (SPD), Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum (CDU) gedachten der Opfer – doch wegen der aktuellen Pandemie nur im kleinen Kreis.



Kornelia Wehlan: „Der Volkstrauertag ist einer der wichtigsten Tage, um der Opfer von Krieg und Gewalt zu gedenken und die Sinnlosigkeit von Völkermorden und Kriegen vor Augen zu führen. Dabei kommt es mir nicht nur darauf an, die Erinnerung an das Unrecht wach zu halten, sondern auch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu suchen. Das ist gerade für uns Deutsche oft schmerzlich, aber notwendig und nützlich. Wir haben den Auftrag und die Verpflichtung, die leidvolle Geschichte von Krieg und Verbrechen aufzunehmen und vor allem an die junge Generation weiterzugeben.“

Kleiner Kreis in Nuthe-Urstromtal

In der Gemeinde Nuthe-Urstromtal hatte Bürgermeister Stefan Scheddin (parteilos) die geplante zentrale Gedenkveranstaltung in Gottow abgesagt und nur in kleinster Runde einen Kranz niedergelegt. Seinen Ortsvorstehern hatte er ans Herz gelegt, in kleinem Rahmen in den Ortsteilen inne zu halten und mit einer Schweigeminute der Opfer zu gedenken.

Auch Vertreter von Kirchen und Parteien legten vielerorts Blumen nieder, zündeten Kerzen an oder trugen Gedichte vor.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.11.2020

Bau am Amtsgericht Luckenwalde geht weiter - Fertigstellung ist lange überfällig und nun für 2022 geplant

Eigentlich sollte die ehemalige Polizeivilla am Markt nur ein paar Monate als Ausweichquartier für das Amtsgericht dienen. Inzwischen arbeitet knapp die Hälfte der Mitarbeiter seit acht Jahren in der Zweigstelle. Derweil laufen die Bauarbeiten im Sitz des Amtsgerichtes in der Luckenwalder Lindenallee weiter. Am Freitag kam Justiz-Staatssekretärin Christiane Leiwesmeyer (CDU) zum Vor-Ort-Termin. „Im Haushalt sind für das Amtsgericht fünf Millionen Euro eingestellt“, sagte sie. Auch die Landtagspolitiker Erik Stohn (SPD) und Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert Danny Eichelbaum (CDU) waren bei dem Termin dabei. „Damit es endlich vorwärts geht mit dem Bau, müssen wir



weiter Druck machen“, sagte Stohn. Mehr als eine Million Euro sind in dem denkmalgeschützten Gebäude bereits verbaut worden. Im Haupthaus ist ein Teil der Bauarbeiten bereits beendet. Im großen Schöffensaal beispielsweise sei der Denkmalschutz aber noch immer regelmäßig zu Gast, um den Baufortschritt an der Restaurierung der historischen Malereien zu prüfen, erklärt die Direktorin des Amtsgerichtes, Roswitha Neumaier. Auch Brandschutz und Barrierefreiheit werden von Grund auf erneuert. Außerdem soll ein Anbau künftig mehr Lagerplatz für die zahlreichen Dokumente bieten.

Dass der Bau so lange dauert, hat unter anderem mit der Flüchtlingskrise zu tun. Vor einigen Jahren wurde der Geldhahn für den Bau abgedreht - offiziell war er lediglich unterbrochen. Im Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen plant man das Ende der Arbeiten für Mitte 2022.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.11.2020



13.11.2020 Inbetriebnahme von 7 neuen Bussen bei der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming



13.10.2020 Auszeichnung der Bär & Ollenroth KG in Groß Machnow als Best drivers Point



Teltow-Fläming: Keine digitalen Sitzungen im Kreistag

Kreistag per Video-Übertragung: Theoretisch wäre das möglich. Dafür hatte das Land extra eine Notlagen-Verordnung verabschiedet. Doch in Teltow-Fläming reicht die aktuelle Corona-Situation nicht aus, um eine Notlage festzustellen.

Die Corona-Lage im Landkreis ist ernst, aber offenbar nicht ernst genug, damit sich der Kreistag in einer digitalen statt einer Präsenzsitzung treffen könnte. Kreistagsmitglied Matthias Stefke (BVB/FW) hatte das in einer Anfrage in der vergangenen Woche kritisch angemerkt. Er hatte zuvor angeregt, den Kreisausschuss – ein kleineres Gremium, in dem dennoch alle Fraktionen vertreten sind – per Video- oder Audiositzung zusammenkommen zu lassen.

Mit einer neuen Verordnung hatte das Land Brandenburg bereits im April geregelt, dass Sitzungen künftig in einer Liveübertragung stattfinden können. Die Verordnung gilt zunächst bis Mitte 2021. Um von den neuen Möglichkeiten Gebrauch zu machen, muss die jeweilige Kommune aber Voraussetzungen schaffen – für Teltow-Fläming liegt genau hier das Problem. „Laut Landrätin hätte der Kreistag dafür zuvor einen Beschluss fassen müssen“, sagte Stefke, der verwundert war, weshalb der entsprechende Punkt auf der Tagesordnung nun jedoch nicht zu finden war.

Der Vorsitzende des Kreistags, Danny Eichelbaum (CDU), erklärte daraufhin, man habe das Thema vom Rechtsamt prüfen lassen. Dabei hatte sich gezeigt, dass der Kreistag tatsächlich zunächst per Entscheidung festlegen muss, dass wirklich eine Notlage besteht. „Aus dem allgemeinen Infektionsgeschehen im Landkreis ist aber keine Notlage abzuleiten“, erklärte Eichelbaum.

Das sei beispielsweise erst dann der Fall, wenn eine bestimmte Anzahl von Kreistagsmitgliedern den Sitzungen fernbleibt, weil sie entweder selbst mit dem Coronavirus infiziert sind, unter Quarantäne stehen oder weil sie durch Vorerkrankungen oder ihr Alter zu einer Risikogruppe zählen. Das ist seit Beginn der Pandemie aber nie passiert. Sowohl der Kreistag als auch die Fachausschüsse waren immer beschlussfähig. „Momentan erfüllen wir also nicht die entsprechenden Voraussetzungen“, resümierte Kreistagsvorsitzender Eichelbaum.

Ein Detail in der Erklärung sorgte besonders für Irritation: Ohne Beschluss dürfen zwar weder Kreistag noch Fachausschüsse digital tagen. Doch: „Schon die Feststellung einer Notlage kann per Video- oder Audiositzung geschehen“, so Eichelbaum.

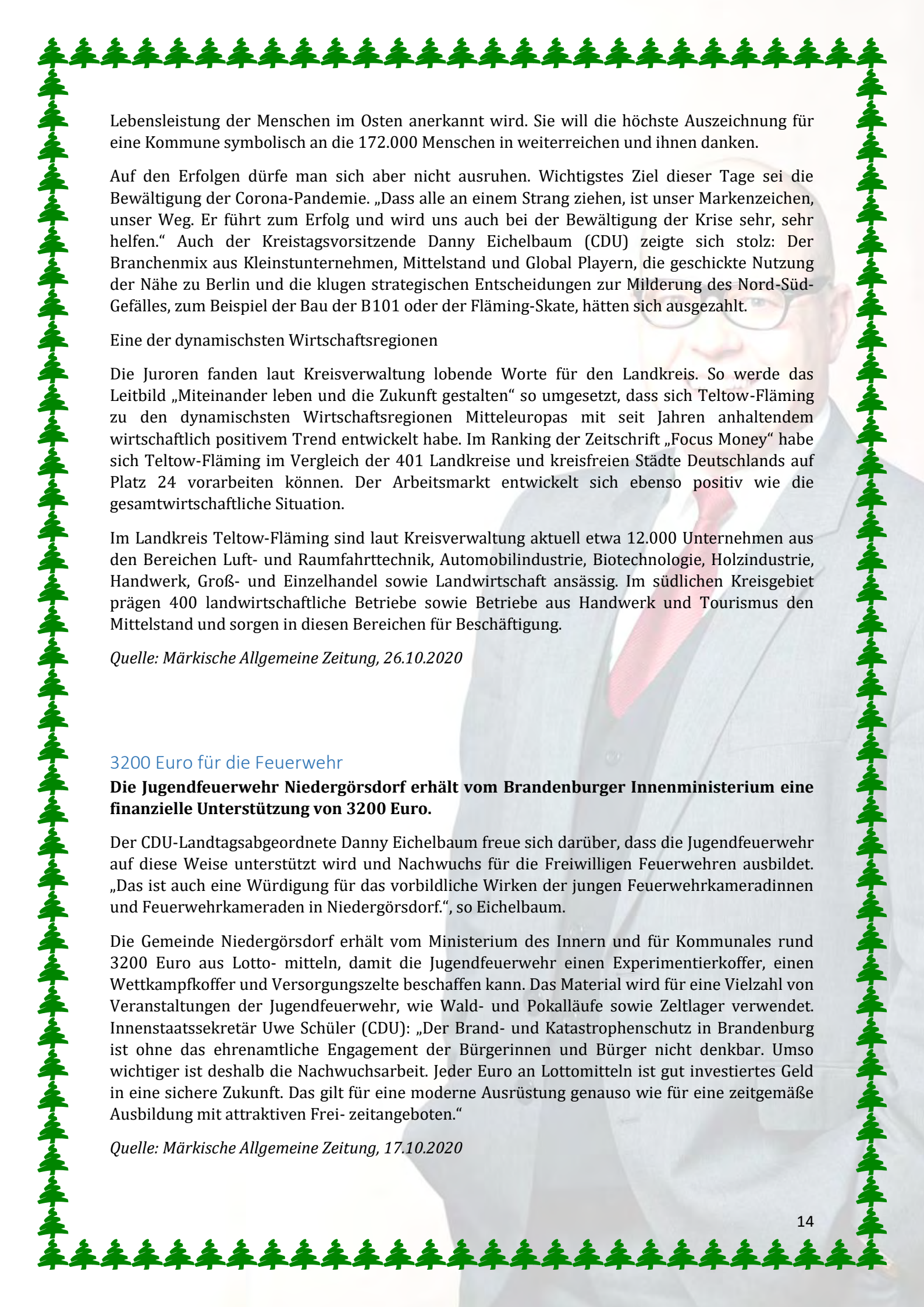
Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.11.2020

Teltow-Fläming als Premier-Kommune ausgezeichnet

Oskar-Patzelt-Stiftung würdigt die Wirtschaftskraft und die Entwicklungsmöglichkeiten des Landkreises. Landrätin Wehlan mahnt Zusammenhalt zur Überwindung der Corona-Pandemie an.

Luckenwalde. Weitere Ehrung für den Landkreis. Die Oskar-Patzelt-Stiftung Leipzig hat Teltow-Fläming am 24. Oktober als Premier-Kommune 2020 ausgezeichnet. In diesem Jahr hatte bereits das Thyrower Unternehmen Grädler Fördertechnik den „Großen Preis des Mittelstands“ der Stiftung erhalten.

Wie die Kreisverwaltung berichtet, zeigte sich Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) hochofrenet: „Den ‚Oscar‘ für unseren wirtschaftlich erfolgreichen, lebens- und liebenswerten Landkreis Teltow-Fläming zu erhalten, macht mich unbändig stolz.“ Es freue sie, dass damit die



Lebensleistung der Menschen im Osten anerkannt wird. Sie will die höchste Auszeichnung für eine Kommune symbolisch an die 172.000 Menschen in weiterreichen und ihnen danken.

Auf den Erfolgen dürfe man sich aber nicht ausruhen. Wichtigstes Ziel dieser Tage sei die Bewältigung der Corona-Pandemie. „Dass alle an einem Strang ziehen, ist unser Markenzeichen, unser Weg. Er führt zum Erfolg und wird uns auch bei der Bewältigung der Krise sehr, sehr helfen.“ Auch der Kreistagsvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) zeigte sich stolz: Der Branchenmix aus Kleinstunternehmen, Mittelstand und Global Playern, die geschickte Nutzung der Nähe zu Berlin und die klugen strategischen Entscheidungen zur Milderung des Nord-Süd-Gefälles, zum Beispiel der Bau der B101 oder der Fläming-Skate, hätten sich ausgezahlt.

Eine der dynamischsten Wirtschaftsregionen

Die Juroren fanden laut Kreisverwaltung lobende Worte für den Landkreis. So werde das Leitbild „Miteinander leben und die Zukunft gestalten“ so umgesetzt, dass sich Teltow-Fläming zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen Mitteleuropas mit seit Jahren anhaltendem wirtschaftlich positivem Trend entwickelt habe. Im Ranking der Zeitschrift „Focus Money“ habe sich Teltow-Fläming im Vergleich der 401 Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands auf Platz 24 vorarbeiten können. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich ebenso positiv wie die gesamtwirtschaftliche Situation.

Im Landkreis Teltow-Fläming sind laut Kreisverwaltung aktuell etwa 12.000 Unternehmen aus den Bereichen Luft- und Raumfahrttechnik, Automobilindustrie, Biotechnologie, Holzindustrie, Handwerk, Groß- und Einzelhandel sowie Landwirtschaft ansässig. Im südlichen Kreisgebiet prägen 400 landwirtschaftliche Betriebe sowie Betriebe aus Handwerk und Tourismus den Mittelstand und sorgen in diesen Bereichen für Beschäftigung.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.10.2020

3200 Euro für die Feuerwehr

Die Jugendfeuerwehr Niedergörsdorf erhält vom Brandenburger Innenministerium eine finanzielle Unterstützung von 3200 Euro.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum freue sich darüber, dass die Jugendfeuerwehr auf diese Weise unterstützt wird und Nachwuchs für die Freiwilligen Feuerwehren ausbildet. „Das ist auch eine Würdigung für das vorbildliche Wirken der jungen Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden in Niedergörsdorf.“, so Eichelbaum.

Die Gemeinde Niedergörsdorf erhält vom Ministerium des Innern und für Kommunales rund 3200 Euro aus Lotto- mitteln, damit die Jugendfeuerwehr einen Experimentierkoffer, einen Wettkampfkoffer und Versorgungszelte beschaffen kann. Das Material wird für eine Vielzahl von Veranstaltungen der Jugendfeuerwehr, wie Wald- und Pokalläufe sowie Zeltlager verwendet. Innenstaatssekretär Uwe Schüler (CDU): „Der Brand- und Katastrophenschutz in Brandenburg ist ohne das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar. Umso wichtiger ist deshalb die Nachwuchsarbeit. Jeder Euro an Lottomitteln ist gut investiertes Geld in eine sichere Zukunft. Das gilt für eine moderne Ausrüstung genauso wie für eine zeitgemäße Ausbildung mit attraktiven Frei- zeitangeboten.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.10.2020

Schweinepest bringt Bauern in Bedrängnis

Der Ausbruch der Schweinepest verschärft die wirtschaftliche Situation der Erzeuger-Betriebe. Doch die Wunschliste der Bauern an die Politik ist viel länger und geht über bloßes Krisenmanagement hinaus.

Oehna. Das Überschwappen der Afrikanischen Schweinepest über die deutsch-polnische Landesgrenze nagt nicht nur in den betroffenen Landkreisen, sondern auch in Teltow-Fläming an der Existenz der Zucht- und Mastbetriebe. Sich ein Bild von Situation eines solchen Betriebes zu verschaffen und Möglichkeiten der Unterstützung durch die Politik auszuloten war das Ziel eines Arbeitsbesuches in der Oehnaland Agrargesellschaft mbH. Dorthin auf den Weg gemacht hatten sich am Dienstag der Kreis- und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) mit seiner Parteikollegin Gertrud Klatt, die Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses im Kreistag ist, sowie Silvia Fuchs als Geschäftsführerin der Kreisbauernverbandes Teltow-Fläming.

Die Kluft wird immer größer

Mit einem Bestand von 9.850 Schweinen ist der Betrieb unter den wenigen verbliebenen Schweine-Betrieben einer der größten im Land. Als Ursache dafür, dass viele Agrarbetriebe ihre Tierproduktion eingestellt haben, gilt die immer größer werdende Kluft zwischen den immer strenger werdenden gesetzlichen Normen, deren Umsetzung teuer ist, und den von der Industrie gezahlten Preisen.



Der Ausbruch der Schweinepest ist nicht die erste Krise, vor die die Schweinefleisch-Erzeuger in diesem Jahr gestellt werden. „Durch die Schließung von Schlachthöfen durch die Coronakrise konnten wir deutlich weniger Schweine absetzen. Den Berg an nicht verkauften Schweinen schieben wir bis heute noch vor uns her“, schildert Oehna-Land-Geschäftsführer Jochen Wenzel die Situation.

Als nach dem Ausbruch der Schweinepest Fleisch aus Brandenburgischen Betrieben über Wochen nicht mehr abgenommen wurde, wurde der Berg noch größer. Auch wenn sich die Zahl von durchschnittlich pro Woche verkaufter 240 Mastschweine langsam wieder stabilisiert, ist das Problem nicht vom Tisch, da die Ställe voll sind und die Nachfrage schwankt.

Vollere Ställe bringen mehr Stress und Kosten

Das längere Verweilen der Tiere im Stall kostet die Landwirte nicht nur mehr Futter, sondern auch die Tierarzt-Kosten steigen, da die Ställe für die größere Anzahl nicht ausgelegt sind und die Tiere größerem Stress ausgesetzt sind und sich in Kämpfen gegenseitig verletzen. Ein weiterer Negativ-Effekt ist, dass die Schweine fatter werden und die Schlachthöfe weniger zahlen. „Aber deswegen alle überzähligen Tiere totschiessen, will natürlich auch niemand“, so Wenzel, der den gegenwärtigen wöchentlichen Verlust auf 10.000 Euro beziffert.

Wie lange der Betrieb das Defizit noch verkraftet, können er und Co-Geschäftsführer Eckhard Fuchs nicht beziffern. „Spätestens im Frühjahr müssen wir die Entscheidung fällen, ob wir die Schweine- und Rinderproduktion aufrechterhalten oder gänzlich auf Feldbau umschwenken“, sagt Fuchs.

Ein wichtiges Entscheidungskriterium dabei werden die Signale aus der Politik sein. „Dass es bis heute in Brandenburg kein klares Bekenntnis zur Tierproduktion gibt, werten wir als Zeichen, dass man uns Landwirten nicht traut“, klagt Wenzel.

Noch viele Hausaufgaben für die Politik

Die Liste der Themen, bei denen sich die Landwirte allein gelassen fühlen ist lang. Die ab Januar in Brandenburg geltende Betäubungspflicht bei der Kastration von Ferkeln. Die Regelung selbst sehen die Oehnaer als gerechtfertigt, aber die Kurse für die vorgeschriebene Schulung der Mitarbeiter sind ausgebucht, so dass im Januar das Personal fehlen wird, das betäuben darf.

Viel zu lange Bearbeitungszeiten bei Bauanträgen und die fehlende Rechtssicherheit, ob gerade beschlossene Gesetze auch noch in fünf Jahren gelten und Investitionen nicht dadurch in den Sand gesetzt werden, haben die Landwirte als weitere Hemmnisse ausgemacht, die ihre Existenz ebenso stark gefährden, wie die Schweinepest. Von Uwe Klemens

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.10.2020

Vernissage mit Gästen aus Paderborn - Ausstellung „Umbruch Ost“ im Kreishaus zeigt Lebenswelten im Wandel

Gäste aus Teltow-Flämings Partnerkreis Paderborn konnten am 5. Oktober 2020 im Kreishaus in Luckenwalde begrüßt werden. Hier besuchten der amtierende Landrat Manfred Müller (CDU) und der neu gewählte Landrat Christoph Rüter (CDU) eine Ausstellung zum Thema 30 Jahre Deutsche Einheit. Sie wurde von Landrätin Kornelia Wehlan zusammen mit dem Vorsitzenden des Kreistages Danny Eichelbaum eröffnet. Manfred Müller übergab Kornelia Wehlan, nachdem er ein kurzes Grußwort gehalten hatte, die Ehrenplakette des Kreises Paderborn.




zurück zu den Wurzeln

Die Partnerschaft mit dem Kreis Paderborn ist älter als der Landkreis selbst: Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollten Verwaltungskräfte aus Nordrhein-Westfalen in Brandenburg beim Aufbau der Kommunalverwaltungen helfen. In Folge der Zusammenarbeit beschloss der Kreistag Zossen am 22. Oktober 1990, mit dem Kreis Paderborn eine Partnerschaft einzugehen. Wenige Tage später, am 8. November 1990, stimmte auch der Paderborner Kreistag zu. Die Partnerschaft wurde auch nach der Kreisgebietsreform in Brandenburg 1993 fortgeführt und verbindet seither den Kreis Paderborn und den Landkreis Teltow-Fläming.

Neuer Landrat führt partnerschaftliche Beziehungen fort

Christoph Rüter wurde am 13. September 2020 mit 53 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Landrat des Kreises Paderborn gewählt. Manfred Müller, der seit 2004 das Amt innehatte, trat aus gesundheitlichen Gründen nicht erneut an. Rüter war bislang Bürgermeister in Bad Wünnenberg. Auch ihm ist es, wie er anlässlich seines Besuches betonte, sehr wichtig, die tiefe Verbundenheit und Partnerschaft zum Kreis Teltow-Fläming beizubehalten. Das hat er auch Holger Lademann, dem Vorsitzenden des Freundeskreises Teltow-Fläming e. V., mit auf den Weg



gegeben. Der Verein kümmert sich u. a. um die Pflege der Partnerschaft zu Paderborn. Die Gespräche zeigten, dass es viele Ideen und Anknüpfungspunkten für künftige Projekte gibt.

Ausstellung mit persönlichen Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern

Auch Manfred Müller hatte sich am Aufruf, die Ausstellung mit persönlichen Meinungen zur Deutschen Einheit zu ergänzen, beteiligt. Über die gesamte Resonanz und die Einsendungen äußerte sich Landrätin Kornelia Wehlan sehr erfreut: „Vielen Dank für die vielen Einblicke in persönliche Erlebnisse. Sie geben dem Thema 30 Jahre Deutsche Einheit ein Gesicht – verbunden mit unserer Region und den kommunalen Partnerschaften.“

Zur Ausstellung

Die Ausstellung "Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel" ist seit Montag, 5. Oktober 2020, im Kreishaus in Luckenwalde zu sehen. Sie wird aus Anlass des 30. Jahrestages der Deutschen Einheit gezeigt und ergänzt um persönliche Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern der Region bzw. von Partnerkommunen Teltow-Flämings.

"Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel" erzählt vom Alltag der deutschen Einheit seit 1990. Im Zentrum der Schau stehen die Umbruchserfahrungen der Ostdeutschen. Auf den Ausstellungstafeln verlinken QR-Codes zu Zeitzeugeninterviews des NDR. Drei Ergänzungstafeln des Online-Portals Statista präsentieren die wichtigsten Zahlen und Fakten zu den Entwicklungen seit der Wiedervereinigung. Autor der Ausstellung ist der Historiker und Publizist Dr. Stefan Wolle.

Die Ausstellung kann bis Ende Oktober im Foyer des Kreishauses unter Berücksichtigung der Zugangsregelungen (Öffnungszeiten, Hygiene- und Abstandsregeln) besichtigt werden.

Quelle: <http://www.teltow-flaeming.de/de/aktuelles/2020/10/07-10-20-30-jahre-dt-einheit.php>

Aßlarer feiern Deutsche Einheit in Jüterbog

Im Rahmen der Städtepartnerschaftsfeier begeht eine Aßlarer Delegation die Feier zur Deutschen Einheit in Jüterbog.

Aßlar/Jüterbog Am Wochenende ist eine Delegation aus Aßlar mit Bürgermeister Christian Schwarz (FWG) in Jüterbog gewesen, um an den dortigen Feierlichkeiten zum "Tag der Deutschen Einheit" teilzunehmen. Dabei feierte man auch 30 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Jüterbog und Waldbröl. Mit dabei waren auch Vertreter des Vereins "Aßlar - Partner in Europa" um den Vorsitzenden Roland Esch. Bereits am Freitag wurden die Aßlarer und Waldbröler von Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue am Sowjetischen Ehrenmal zum "Einheitsbuddeln" begrüßt: Es wurden Bäume für Deutschland gepflanzt, die an den historischen Moment erinnern. Neben der offiziellen Feierstunde, in der Danny Eichelbaum, Vorsitzender der Jüterboger Stadtversammlung, den Freunden aus Aßlar und Waldbröl für ihre Unterstützung dankte, gab es ein unterhaltsames Programm. Es gab auch am Sonntag viele schöne Momente, insbesondere beim Spaziergang durch den alten Stadtkern.

Städtepartnerschaften bringen Menschen zusammen

Schwarz' Fazit: "Man hat wieder gesehen, wie aktiv unsere Städtepartnerschaften sind und dadurch Menschen aus anderen Orten und Kulturkreisen aufeinander zu gehen und miteinander sprechen und lachen, die sich sonst gar nicht kennen würden."

Quelle: <https://www.mittelhessen.de/lokales/wetzlar/asslar/asslarer-feiern-deutsche-einheit-in-juterborg-22380298> (07.10.2020)

Städtepartnerschaft seit 30 Jahren

Die nordrhein-westfälische Stadt Waldbröl und Jüterbog verbindet eine intensive Städtepartnerstadt. Gemeinsam wurde nun der Tag der Deutschen Einheit gefeiert, auch von den anderen Partnerstädten waren Gäste dabei.

Jüterbog, „Damals vor 30 Jahren, als er in Waldbröl stand, da liefen ihm die Tränen“, erinnert sich Helmut Rafalski (CDU), erster stellvertretender Bürgermeister Waldbröls, an Bernd Rüdiger und die Unterzeichnung der Städtepartnerstadt zwischen Waldbröl und Jüterbog. „An dem Tag hab ich überhaupt keinen Ton herausbekommen“ so Rüdiger, damaliger Bürgermeister von Jüterbog. Auch heute hätte er wieder einen Kloß im Hals gehabt, denn es seien nicht nur 30 Jahre Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch 30 Jahre Städtepartnerstadt zwischen Waldbröl und Jüterbog.



Durch die Kontakte nach Waldbröl und Aßlar ergaben sich weitere Partnerschaften

„Jüterbog ist aus der Käfighaltung gekommen, ihr kamt aus der Freilandhaltung“, sagte er, da konnten sich die Jüterboger noch so einiges anschauen. Beim Aufbau von Wirtschaft und Verwaltung standen die Partnerstädte Waldbröl in Nordrhein-Westfalen und Aßlar in Hessen der Fläming-Stadt Jüterbog bei. „Sie haben uns auch den Weg nach Europa geebnet“, so Rüdiger, denn

sonst wäre man nie nach Italien, Frankreich, Großbritannien und Polen gekommen und hätte nicht auch dort noch Partnerstädte gefunden.

Der Tag der Deutschen Einheit wird stets gemeinsam gefeiert

Seitdem besteht eine tiefe Freundschaft zwischen den Städten, sichtbar auch durch die regelmäßigen Besuche. „Ich erinnere mich noch an die erste Reise: Wir wurden zweigeteilt, eine Truppe ist nach Aßlar gefahren, die andere nach Waldbröl“, so Bernd Rüdiger zu den ersten Feiern des Tages der Deutschen Einheit. „Das hat uns dann irgendwann aufgeregt, da haben wir das gedrittelt“, und nun wechseln sich die Städte mit der Austragung des Feiertages ab.

„Mittlerweile findet der Wagen den Weg schon von ganz allein“, so Peter Koester (CDU), Bürgermeister von Waldbröl. „Und wenn ich heute nach Jüterbog komme, dann sehe ich, dass sich die Stadt ganz doll verändert hat.“ So findet sich nun neues Grün am sowjetischen Ehrenmal, denn im Rahmen des „Einheitsbuddelns“ für Deutschland wurden am Freitag zwei Beerensträucher gepflanzt. Diese stammen aus der Baumschule Marzahna und wurden durch den Verfügungsfond finanziert. Die Aktion war schon länger geplant und soll mehr Natur in das Stadtbild bringen, so Falk Kubitz, Vorsitzender SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung.

Gemeinsamer Rundgang durch die Fläming-Stadt

Natur und Stadt konnte man auch bei einem Rundgang durch Jüterbog bis nach Neuheim bewundern, der an der Bank der Freundschaft auf dem Heilig-Geist-Platz begann. Noch immer

ist die schräge Sitzgelegenheit ein Blickfang und landet häufig auf Fotos. Das Motto für die Bank ist „come together“: „Deshalb ist sie auch so schräg, damit man zusammenkommt, wenn man darauf sitzt“, merkte Helmut Rafalski an. Denn nur vereint könne man etwas erreichen.

„Wir müssen lernen, dass wir die Dinge gemeinsam sehen und nicht mehr in West und Ost teilen“, so Peter Koester. Es gebe für ihn keine Zwei-Klassen-Gesellschaft: „Wir sitzen alle im selben Zug, und wir bestimmen die Geschwindigkeit.“ Auch der Bürgermeister von Aßlar, Christian Schwarz (Freie Wählergemeinschaft FWG), wünschte sich weiterhin „ein gemeinsames Miteinander, und dass wir die Wiedervereinigung, für die die Menschen aus Ost und West gekämpft haben, ebenfalls nicht für selbstverständlich halten“. Denn auch heute noch müsse man „jeden Tag aufs Neue für unsere Grundwerte eintreten und sie leben“, so Danny Eichelbaum (CDU), Stadtverordnetenvorsteher von Jüterbog und stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. „Demokratie ist gemacht von Menschen, die das Schicksal selbst in die Hand nehmen.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.10.2020



11.10.2020 150 Jahre Altes Lager



04.10.2020 Erntedankgottesdienst mit
Bischof Dr. Christian Stäblein in der
Nikolaikirche Jüterbog

Land will Galgenfrist für Luckenwalder Schaeffler-Werk

Sechs Monate kein Stellenabbau im Luckenwalder Schaeffler-Werk: Diesen Deal will die Landesregierung mit dem Konzern aushandeln. In der selben Zeit soll ein alternatives Konzept für den Standort erarbeitet werden.

Der mögliche Verkauf des Luckenwalder Schaeffler-Werks war am Mittwoch Thema im Brandenburger Landtag. In der Fragestunde sprach der Abgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) die Zukunft des Standortes an. Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) erklärte daraufhin, auch er sei von der Nachricht vollkommen überrascht gewesen, „da dieser Standort nach wie vor schwarze Zahlen schreibt und bis vor kurzer Zeit noch Investitionen in diesen Standort getätigt worden sind“. Nun, so erklärte er weiter, bestünde aber die reale Gefahr des Abbaus von Arbeitsplätzen beziehungsweise des Verkaufs des Standortes. „Das Werk in Luckenwalde und vor allem die dort beschäftigten Fachkräfte und ihre Familien sind der Landesregierung wichtig“, sagte er weiter.



Eichelbaum berichtet in einer Pressemitteilung nach der Landtagssitzung, dass die Brandenburgische Landesregierung ein Moratorium für das Werk in der Kreisstadt von TF erreichen will. Quasi eine Galgenfrist vor der endgültigen Entscheidung. Konkret hieße das, dass Schaeffler in Luckenwalde mindestens in den nächsten sechs Monaten keine Stellen abbaut und auch die Produktion nicht verlagert wird. Gleichzeitig soll dieses halbe Jahr genutzt werden, um ein alternatives Konzept für den Standort zu entwickeln.

„Spielraum für konstruktive Lösungen“

„Mein Eindruck ist, dass noch keine endgültige Entscheidung getroffen wurde – dass noch Spielraum für konstruktive Lösungen zum Erhalt eines wettbewerbsfähigen Standortes Luckenwalde besteht“, sagte Steinbach im Landtag. Die Basis dafür sei mit dem vorhandenen Know-how und den qualifizierten Fachkräften in Luckenwalde eindeutig gegeben. „Wir werden diese starken Argumente, die für Brandenburg sprechen, immer wieder einbringen in persönlichen Gesprächen. Klar ist aber, dass am Ende der Vorstand von Schaeffler selber entscheiden muss.“

Steinbach war selbst bereits in Luckenwalde vor Ort und führte Gespräche mit der Werkleitung. Inzwischen sei auch direkter Kontakt zum Schaeffler-Konzernvorstand entstanden. Steinbach kündigte ein möglichst schnelles, persönliches Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden Klaus Rosenfeld an. „Das Land ist bereit, die notwendigen strukturellen und technologischen Veränderungsprozesse, die hierfür gegebenenfalls notwendig sind, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auch zu unterstützen“, erklärt der Wirtschaftsminister am Mittwoch.

Gleichzeitig warnte Steinbach vor voreiligen Schlüssen. Über einen Deal mit Tesla, der seit mehreren Tagen in Luckenwalde als Gerücht kursiert, wollte er auf Nachfrage von Eichelbaum nicht weiter eingehen. „Ich würde es bevorzugen, das Thema Tesla als einen möglichen Lösungsweg im Augenblick ganz weit wegzuschieben“, erklärte Steinbach. Zunächst wolle man



andere Möglichkeiten mit dem Schaeffler-Vorstand diskutieren – so sei es auch mit dem Betriebsrat und der Werkleitung in Luckenwalde abgesprochen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.09.2020

„Wer gibt, gewinnt“: Unternehmer gründen Netzwerk

Statt sich mit Ellenbogen Gewinne zu erkämpfen, soll es künftig um Zusammenarbeit gehen: 19 Unternehmer aus Teltow-Fläming gründen ein Netzwerk mit dem Namen „Hermann Koebe“.

In Luckenwalde hat sich das Business Network International (BNI) mit dem Namen „Hermann Koebe“ gegründet. 19 Unternehmer aus Luckenwalde, Jüterbog und der Region gehören zu den Gründungsmitgliedern. BNI ist eine professionelle Netzwerkorganisation, die auf dem Prinzip gegenseitiger Unterstützung aufbaut.

„Wir haben uns das erste Mal im April vergangenen Jahres getroffen“, berichtet Nadine Walbrach aus Luckenwalde. Die Auftaktveranstaltung fand in Kloster Zinna statt. Seitdem wurden Mitglieder gesucht, die zum Netzwerk passen. Die Unternehmergruppe, die sich in Teltow-Fläming neu gegründet hat, ist die sechste ihrer Art in der Region Potsdam. Am schwierigsten sei es gewesen, einen passenden Namen für das Luckenwalder Unternehmerteam zu finden. „Der Namensgeber musste jemand sein, der mit der Region verbunden ist und mindestens 70 Jahre tot ist“, sagt Nadine Walbrach. Sie kam auf Hermann Koebe, der in Luckenwalde Geschichte in der Feuerwehrtechnik geschrieben hat. Sein Urenkel Hermann Koebe wünscht sich seit Jahren, dass in Luckenwalde eine Straße nach dem Urgroßvater benannt wird. Jetzt trägt das BNI Unternehmerteam dessen Namen.


Namensgeber ist Pionier der Feuerwehrtechnik

„Es hat mich als vierter Hermann Koebe besonders gefreut, dass Sie Ihr BNI- Unternehmerteam Luckenwalde nach meinem Urgroßvater, dem Gelbgießermeister Hermann Koebe I. benannt haben“, schreibt der in Brühl/Baden wohnende Hermann Koebe IV. Da er selbst nicht an der Gründungsveranstaltung teilnehmen konnte, schickte er ein Grußwort, in dem er auch über die Geschichte seines Urgroßvaters berichtete. „Als Gründerunternehmer und Feuerwehrtechnik-Pionier ist er ein Beispiel dafür, wie sich in den Gründerjahren des 19. Jahrhunderts mutige junge Handwerker selbstständig gemacht haben“, so Koebe. Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke, der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum, der SPD-Landtagsabgeordnete Erik Stohn sowie die Bürgermeister der Regionen schickten Grußworte zur Gründung.

Corona: Online-Meeting als Gründungsveranstaltung

Durch die Coronakrise erfolgte die Gründungsveranstaltung online. An verschiedenen Standorten trafen sich Unternehmer, um ihre Firma zu präsentieren und den Grund ihres BNI-Beitritts mitzuteilen. Im Küchenstudio Walbrach trafen sich insgesamt sechs Vertreter verschiedener Branchen, um am Online-Meeting teilzunehmen. Was wie eine gemütliche Frühstücksrunde aussah, folgte einem straffen Plan. Jeder hatte nur 60 Sekunden Zeit, um sich und sein Unternehmen vorzustellen. So berichtete Brita Marx aus Luckenwalde über ihren Antikmarkt und ihren Markt für historische Baustoffe.

„Auf 600 Quadratmetern werden rund 300 Möbelstücke überwiegend aus der Gründerzeit und dem Jugendstil, umgeben von schönen Balken und toller Dielung, sowie Geschirr aus längst vergangener Zeit angeboten“, so Brita Marx. Ihr gefällt an dem BNI-Unternehmerteams besonders, dass nicht die Ellenbogen eingesetzt werden, um Ziele durchzusetzen, sondern dass



man überlegt, wie man andere Branchen unterstützen kann. Der Slogan heißt: „Wer gibt, gewinnt“. „Besonders jetzt in der Coronazeit merkt man, dass Hilfe gebraucht wird“, betont Brita Marx. Sie begrüßt es, dass die Treffen künftig freitags von 6.45 Uhr bis 8.30 Uhr in der Gaststätte in Kolzenburg stattfinden, so kann jeder anschließend seiner Arbeit nachgehen.

Das Ziel ist mehr Umsatz

Anlagenberater Friedrich Kulinna wird bei den künftigen Treffen dafür sorgen, dass die Tagesordnung eingehalten und es kein „Kaffeekränzchen“ wird. Jeder schaut, mit welchem Unternehmen eine Zusammenarbeit möglich ist und von wem man profitieren könnte. Wer hat die gleichen Kunden, wen könnte man vermitteln? Das definierte Ziel lautet: Mehr Umsatz durch neue Kontakte und Geschäftsempfehlungen. Allerdings gilt es, bestimmte Regeln einzuhalten. Ein wichtiges Kriterium ist Anwesenheit – man darf nur dreimal in sechs Monaten fehlen, wobei auch ein Vertreter geschickt werden kann. Zudem wird in jedem BNI-Unternehmerteam jedes Fachgebiet nur einmal besetzt. Momentan fehlen noch Handwerker ebenso wie Architekten, Notare und Landschaftsbauer. Auch der Bereich Events ist noch offen. Fotografen, Floristen, Musiker und Zauberer haben gute Chancen, sich einzubringen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.09.2020

Kreisverwaltung Teltow-Fläming: Amtsleiterposten wegen Klage weiter unbesetzt

Seit über einem halben Jahr sucht der Landkreis einen neuen Chef fürs Rechnungsprüfungsamt. Die Kandidatin war eigentlich schon ausgewählt, doch nun sorgt eine Klage für Probleme.

Eigentlich hätte die neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes schon längst an ihrem Arbeitsplatz sitzen sollen. Doch die endlos scheinende Geschichte von der Suche nach dem passenden Personal für diesen wichtigen Posten im Kreishaus geht weiter. Anstatt sie wie geplant am Montag im Kreistag offiziell zu berufen, wurde die neue Chefin des Amtes noch einmal vertröstet. Es sei eine Klage anhängig, erklärte der Vorsitzendes des Kreistages, Danny Eichelbaum (CDU).

Mehrere Ausschreibungen waren nötig

Dass es nicht leicht werden sollte, die richtige Nachfolgerin für die bisherige Leiterin im Rechnungsprüfungsamt zu finden, zeichnete sich schon im Frühjahr ab. Mehrmals hatte der Kreis die Stelle ausgeschrieben. Doch die mehr als ein Dutzend Bewerber erfüllten allesamt nicht die Anforderungen.

Im Kreistag musste beschlossen werden, dass bei einer erneuten Ausschreibung niedrigere Kriterien angesetzt werden. Erst dadurch fanden sich geeignete Bewerber. Doch dann kam Corona. Im August konnte der Kreistag schließlich in einer außerplanmäßigen Sitzung die Vorstellungsgespräche mit den beiden passenden Kandidatinnen führen. Da war die Amtsleiterstelle schon drei Monate lang unbesetzt.

Eine Vertreterin kümmert sich seitdem um die Aufgaben. Dass man Ende August endlich die passende Frau für den Posten hatte, sorgte für Erleichterung im Kreistag. Doch nun das: Eine abgelehnte Kandidatin hat offenbar rechtliche Schritte gegen die Entscheidung eingeleitet. Bevor über diese Klage nicht entschieden ist, kann die neue Chefin nicht berufen werden. Der Kreistag tagt das nächste Mal Ende Oktober.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 17.09.2020

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Gemeinsame Pressemitteilung der Koalitionsfraktionen: Arbeitsgerichte zukunftsfest machen

Zu den Planungen für ein neues Arbeitsgerichts-konzept für das Land Brandenburg erklären die Koalitionsfraktionen:

Tina Fischer, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion:

„Wir können heute noch nicht sagen, ob die angespannte coronabedingte Belastung des Arbeitsmarktes auch an den Arbeitsgerichten ankommen wird. Wir werden die Erreichbarkeit der Arbeitsgerichte erhöhen. Neben den Arbeitsgerichtsstandorten wird es Gerichtstage an anderen Standorten im Land geben. Dadurch entsteht mehr Präsenz in der Fläche. Die Justiz kommt zum Bürger und wir vermeiden zu lange Wege. Wenn dieses Modell den gewünschten Effekt bringt und die Zufriedenheit erhöht, dann kann dies auf andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung übertragen werden.“

Danny Eichelbaum, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion:

„Unser Ziel ist die Schaffung von zukunfts- und funktionsfähigen Strukturen in der Arbeitsgerichtsbarkeit. Mit der von Justizministerin Susanne Hoffmann geplanten Reform wollen wir Verbesserungen für die rechtsuchenden Bürger im Land erreichen und mehr Bürgernähe schaffen. Die Gerichtstage im ländlichen Raum schaffen dafür die notwendigen Voraussetzungen.“

Benjamin Raschke, rechtspolitischer Sprecher und Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Wir begrüßen die geplante Neustrukturierung der Arbeitsgerichtsbarkeit im Land Brandenburg. Der Reformbedarf ist groß und hat sich über Jahre angestaut. Die nun gefundene Lösung hat große Vorteile: die Bürgerinnen und Bürger haben in Zukunft durch zusätzliche Gerichtstage kürzere Wege und eine bessere Erreichbarkeit. Ein Zugewinn für die ländlichen Räume! Nebenbei wird durch die Aufgabe bisher gemieteter Liegenschaften auch noch Geld eingespart.“

Quelle: gemeinsame Pressemitteilung der Brandenburger Landtagsfraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, 10.12.2020

19.11.2020 Besuch des Bundeswehr-Landeskommandos Brandenburg in Potsdam





Land legt Arbeitsgerichte zusammen

Justiz: Betroffen sind zwei Standorte in Eberswalde und Potsdam.

Brandenburgs Justizministerin Susanne Hoffmann (CDU) bereitet eine Reform der Arbeitsgerichtsbarkeit vor. Die beinhaltet nach Informationen dieser Zeitung, dass die Gerichtsstandorte in Eberswalde, Potsdam und die Außenstelle Senftenberg aufgegeben werden. Künftig wird es nur noch die vier Arbeitsgerichte in Neuruppin, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) geben.

Um die Erreichbarkeit der Gerichte gleichzeitig zu verbessern, ist vorgesehen, die Arbeitsrichter in sogenannten Gerichtstagen in Justizgebäuden in Perleberg, Eberswalde, Potsdam, Luckenwalde und Senftenberg tagen zu lassen.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, sprach von einem mutigen, innovativen Konzept. Damit werde erreicht, dass die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, die im Vergleich zu anderen Gerichten weniger ausgelastet ist, einerseits konzentriert wird und gleichzeitig wohnortnah stattfinden kann. Darüber hinaus ist es das erste Mal, dass eine Behörde aus der Landeshauptstadt in eine andere Kommune umgesiedelt wird. Und das, obwohl das Potsdamer Arbeitsgericht mit fünf Richtern größer ist als das von Brandenburg an der Havel, wo der gemeinsame Sitz sein soll. Die drei Eberswalder Richter und die Mitarbeiter des Arbeitsgerichtes würden dem Konzept zufolge mit dem Gericht in Frankfurt (Oder) zusammengelegt.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 10.12.2020

Anti-Hatespeech-Beauftragter für Brandenburg - Kampfansage des Staates an die Giftmischer

Ein Spezial-Staatsanwalt soll in Brandenburg Hatespeech-Verfahren bündeln. Das wird auch höchste Zeit. Ein Kommentar

Viel zu lange haben sich Hetzer im Netz daran gewöhnt, dass ihre Dreckschleuderei praktisch ohne Folgen für sie blieb. Viele verbreiten ihre Beleidigungen und Drohungen sogar unter ihrem Klarnamen – weil ohnehin nie etwas passiert, geschweige denn Post vom Staatsanwalt kommt. Nach und nach macht sich die Politik daran, in dieser rechtsfreien Wildnis ein paar Pflöcke einzuschlagen. Es wird höchste Zeit.

Der Spezial-Staatsanwalt wird viel zu tun haben

Noch ist nicht klar, wann das „Hatespeech“-Gesetz (Hass-Sprache) des Bundes, das Meldepflichten für Social-Media-Plattformen vorsieht, in Kraft tritt. Brandenburg bereitet sich dennoch zu Recht darauf vor, künftig bei Hass-Einträgen von Facebook und Co. Kundendaten ziehen und Ermittlungsverfahren eröffnen zu können – ein Spezial-Staatsanwalt soll die Verfahren koordinieren.

Er wird viel zu tun bekommen: Gerade haben Trolls mit der Querdenker-Bewegung ein neues Betätigungsfeld für ihren Cyber-Feldzug gefunden. Die Pandemie setzt in einem Maße Galle frei, wie es zuvor nur die Migrationskrise geschafft hat. In der Anonymität des Internets mutieren brave Bürger zu verbalen Giftmischern. Die Verrohung des politischen Diskurses fassen sie als Freifahrtschein für ihre Entgleisungen auf. Jetzt macht der Staat klar: Die weltlichen Gesetze gelten auch im Cyber-Space.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.12.2020



Koalition schlägt Beauftragten vor - Hatespeech: Brandenburg erhält Spezial-Staatsanwalt

Ein neues Bundesgesetz will Facebook, TikTok, Twitter und andere Social-Media-Dienste verpflichten, strafbare Inhalte zu melden. Brandenburgs Justiz rechnet mit bis zu 7000 Verfahren im Jahr.

Drohungen gegen Politiker, Nazisprüche auf Facebook und Telegram, in die Tastatur gehackte Gewaltfantasien gegen Andersdenkende: Die Regierungskoalition in Brandenburg will schärfer gegen Hasskriminalität vor allem im Internet vorgehen und dafür beim Generalstaatsanwalt des Landes einen Beauftragten schaffen. Dies haben CDU, SPD und Grüne auf Initiative der Union auf den Weg gebracht.

Im Dezember noch soll der Antrag in den Landtag eingebracht werden, kündigt der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, an. „Es muss eine Antwort des Staates auf den zunehmenden Hass im Netz geben“ sagt der Christdemokrat. „Wir brauchen jemanden an zentraler Stelle, der sich genau darum kümmert.“

Ein Bundesgesetz macht mehr Härte möglich

Mit Benennung eines spezialisierten Staatsanwalts will die Koalition möglichst großen Nutzen aus einer rechtlichen Neuregelung auf Bundesebene ziehen, mit deren Hilfe Hetzer und Trolle im Netz künftig viel leichter zur Rechenschaft gezogen werden können: Das Hatespeech-Gesetz („Hass-Sprache“) der Großen Koalition in Berlin. Sein Zweck: Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den populären Social-Media-Plattformen verbessern, auf denen der Ton rau ist und Meinungsverschiedenheiten nicht selten ins Strafbare abgleiten. Ob Facebook, Twitter, Youtube, Instagram, Telegram oder TikTok – sie aller sollen per Gesetz verpflichtet werden, Hassbotschaften mit möglicherweise strafbarem Inhalt von selbst an die Strafverfolger zu melden.

Allein für Brandenburg kämen nach internen Schätzungen der Justiz etwa 7000 Verfahren pro Jahr neu hinzu. Bei der Generalstaatsanwaltschaft in Brandenburg/Havel sollen in solchen Verfahren die Fäden zusammenlaufen. Der oder die Beauftragte soll Kontakt zu anderen Ländern und dem Bund halten, für eine einheitliche Bearbeitung sorgen.

Rechter Terror

Schon jetzt haben die Behörden alle Hände voll zu tun mit Hass im Netz. Laut Brandenburger Kriminalstatistik haben märkische Polizisten im vergangenen Jahr 63 Fälle von Volksverhetzung im Internet verfolgt – im Jahr der Flüchtlingskrise 2016 waren es 189. Über das Netz verbreiteten Beleidigungen gingen die Ermittler in 648 Fällen nach im Jahr 2019, 308 Bedrohungen wurden ausgesprochen, in neun Fällen wurde öffentlich zu Straftaten aufgefordert. In 54 Fällen wurden Social-Media-Einträge als „Hass-Postings“ eingeordnet.

Insbesondere das Wiederaufflammen rechtsgerichteten Terrors in Deutschland nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke im Juni 2019 und dem tödlichen Angriff eines Rechtsextremisten auf eine Synagoge und Passanten in Halle im Oktober 2019 haben den Blick von Politik und Ermittlern auf Straftaten und Radikalisierung im Netz geschärft.

Großrazzia Anfang November

Anfang November 2020 gab es an sechs Orten in Brandenburg Durchsuchungen – die Aktion war Teil eines bundesweiten Aktionstages gegen Hasspostings im Internet. In Brandenburg ging es dabei nach Auskunft des Polizeipräsidiums in Potsdam ausschließlich um rechtsextremistische Inhalte.

In Werder/Havel (Potsdam-Mittelmark) war die Wohnung eines Beschuldigten durchsucht worden, der ein Bild von sich mit einer Waffe im Internet gepostet hatte. In Cottbus, Brandenburg/Havel, Ludwigsfelde und Zossen (Teltow-Fläming) bekamen mutmaßliche Verfasser von Hasskommentaren Besuch von der Polizei.

Derzeit gibt es bei der Verfolgung von Cyber-Straftaten aber einen Haken: Das Hatespeech-Gesetz liegt auf Eis. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte das Prestigeprojekt von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (CDU) vor Monaten bereits gestoppt, indem er sich weigerte, es zu unterschreiben und es damit in Kraft zu setzen. Steinmeier hat verfassungsrechtliche Bedenken, nachdem das Bundesverfassungsgericht in einem anderen Gesetzgebungsverfahren die Praxis gerügt hatte, nach der Behörden Kundendaten abfragen.

Ein wichtiges Gesetz ist blockiert

Diese so genannten Bestandsdaten müssten auch Brandenburgs Polizisten und Staatsanwälte von den Internetunternehmen erhalten, um gegen die Autoren von Hasskommentaren vorgehen zu können. Steinmeier befürchtet nun, dass die Verfassungsrichter auch das Hatespeech-Gesetz gleich wieder kassieren könnten.

Um Abhilfe zu schaffen, soll Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nun ein Reparaturgesetz durchs Parlament bringen. Es soll die Datenerfassung neu regeln und somit anderen Gesetzen – und nicht zuletzt dem Hatespeech-Gesetz – über die verfassungsrechtlichen Hürden helfen.

Bekanntester Fall von Hass im Netz war zuletzt jener des Vegan-Kochs und Verschwörungsanhängers Attila Hildmann, der via Messengerdienst Telegram über einen gewaltsamen Tod des Grünen-Politikers Volker Beck fantasiert hatte. Hildmann hatte dem bekennenden Homosexuellen Beck die „Todesstrafe durch Eier-Treten auf einem öffentlichen Platz“ angedroht, sollte er, Hildmann, Reichskanzler werden. Beck zeigte den Koch an. Die Brandenburger Polizei beschlagnahmte daraufhin kürzlich Hildmanns Handys in dessen Wohnung in Wandlitz (Barnim).

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.12.2020



28.10.2020 Inbetriebnahme des neuen Rettungsbusses der Regiobus GmbH in Bad Belzig

Luckenwalder Ringer Ilja Matuhin fährt zum World-Cup

Ringen: Freistilass Ilja Matuhin vom 1. Luckenwalder SC gehört zum Nationalkader für das im Dezember anstehende Olympia-Ersatzturnier in Belgrad (Serbien).

Der „Individual World Cup“ des Verbandes United World Wrestling (UWW) findet vom 12. bis zum 18. Dezember in Belgrad (Serbien) statt. Noch einmal haben Ringer dabei die Gelegenheit, sich in diesem Jahr auf Weltklasseniveau zu messen. Der „Individual World Cup“ dient auch als Ersatzturnier für die im Sommer ausgefallenen Olympischen Spiele. Mit dabei sein wird Ilja Matuhin vom 1. Luckenwalder SC.

Lange hoffte man beim Weltverband, trotz der Pandemie im Herbst noch kurzfristig eine Weltmeisterschaft veranstalten zu können. Letztlich entschieden sich die Verantwortlichen jedoch für diesen Kompromiss.

Für die Bundestrainer war es sehr kompliziert, die Nominierungen für den „Individual World Cup“ vorzunehmen. Es gab nahezu keine Anhaltspunkte zum aktuellen Leistungsstand der Sportler. Um die Fairness größtmöglich wahren zu können und dabei die Gefahren der Pandemie trotzdem nicht außer Acht zu lassen, entschieden sich die Bundestrainer für verbandsinterne Wettkämpfe.

Zumindest können die sportlich Verantwortlichen nun intern das derzeitige Leistungsniveau einschätzen. Diese Wettkämpfe fanden während der jeweiligen Lehrgangsmaßnahmen statt. Sie dienten hauptsächlich als Grundlage für die Nominierungen. Trotz einiger berufs- oder gesundheitsbedingter Ausfälle, wird der Deutsche Ringer-Bund (DRB) nach eigener Einschätzung ein schlagkräftiges Team in allen drei Wettkampfklassen nach Belgrad entsenden.

Der Luckenwalder Freistilringer Mathuin vertritt die deutschen Farben in der Gewichtsklasse bis 92 Kilogramm. Außerdem werden zwei Ringerinnen beim „Individual World Cup“ auf der Matte stehen, die am Bundesstützpunkt Frankfurt (Oder) trainieren: Lisa Ersel tritt in der leichtesten Gewichtsklasse bis 50 Kilo an und Debora-Debby Lawnitzak im Limit bis 65 Kilo. „Ich freue mich sehr, dass sich drei Athleten aus Brandenburg für den Weltcup qualifiziert haben. Besonders beeindruckt bin ich von der sportlichen Entwicklung von Ilja Matuhin“, sagt Ringer-Landesverbandspräsident Danny Eichelbaum.

Quelle: Sportbuzzer, 01.12.2020



09.10.2020 Sitzung des Corona-Untersuchungsausschusses des Landtages Brandenburg



Corona-Aus für die Regionalliga der Ringer

Zwei Sportler des 1. Luckenwalder SC erkrankt – Komplette Saison nach dem zweiten Kampftag abgebrochen.

In dieser Saison wird es nun auch keinen weiteren Mannschaftskampf der Ringer in der Regionalliga Mitteldeutschland mehr geben. Die Meisterschaftsrunde wird coronabedingt bereits nach dem zweiten Kampftag abgebrochen.

Diesen Entschluss fassten am Mittwoch die fünf Präsidenten der Landesorganisationen von Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin, die in der Zweckgemeinschaft Ringen in Mitteldeutschland vereinigt sind, gemeinsam mit Vertretern der drei verbliebenen Vereine.

Der Hintergrund: Zwei Sportler des 1. Luckenwalder SC sind an Covid-19 erkrankt. Sie zeigten Symptome und wurden daraufhin getestet. Das Ergebnis: Sie tragen das Coronavirus in sich. In der vorigen Woche (12. bis 16. Oktober) hatten die beiden betroffenen Sportler an einem Ringer-Trainingscamp der Männer in Luckenwalde teilgenommen. Da sie dem LSC-Regionalligakader angehören und Trainingspartner für weitere Sportler des Luckenwalder Teams waren, musste der LSC-Vorstand die Verantwortlichen der Regionalliga Mitteldeutschland davon in Kenntnis setzen. „Gemäß der Vereinbarung auf der Ligatagung Mitte August, das in solchen Fällen die Startberechtigung der betroffenen Mannschaft in der Liga erlischt, scheidet unsere Regionalligamannschaft aus dem Ligabetrieb in dieser Saison komplett aus“, teilte der LSC zunächst in einer Erklärung mit.

Da auch der SV Luftfahrt Berlin einen Corona-Verdachtsfall unter den Ringern gemeldet habe, stünde auch der Hauptstadtclub für weitere Liga-Kämpfe nicht mehr zur Verfügung, teilte das Präsidium der Zweckgemeinschaft Ringen Mitteldeutschland mit. Nur noch die Vereine aus WKG Pausa/Plauen, RSG Gelenau und RV Thalheim wären noch übrig. In einer Video-Konferenz der Landesverbandspräsidenten, in die auch jene drei Clubs einbezogen worden war, fiel dann das Votum für die Beendigung der Saison. „Da der Erzgebirgskreis, aber auch das Vogtland nunmehr als Risikogebiete zählen, greifen verstärkte Hygienemaßnahmen und die verschärfte sächsische Corona-Schutzverordnung. Diese hat eine weitere Reduzierung von zugelassenen Zuschauern zur Folge, sodass auch diese Vereine keine andere Möglichkeit, als die weiteren Kämpfe abzusagen“, hieß es in der Mitteilung weiter. Auch eine Verschiebung um vier Wochen kam demnach für Gelenau, Thalheim und die Pausa/Plauen nicht infrage. Dies wäre gleichbedeutend einer Verschiebung der gesamten Probleme bis kurz vor Weihnachten, so der O-Ton aus Gelenau und Thalheim.

„Das ist verständlicherweise für unsere Fans und Sportler, die den Kämpfen entgegengefeibert haben, bitter, aber der Gesundheitsschutz geht vor und der Sport hat hier auch eine Vorbildfunktion“, sagt Danny Eichelbaum. Er ist der Präsident des Brandenburger Ringerverbandes. „Wir alle haben im August gehofft, dass die pandemische Entwicklung des Covid-19-Virus sich, wie zum damaligen Zeitpunkt, weiterhin stabil entwickeln würde und zumindest mit den gemeldeten fünf Mannschaften eine reduzierte Liga durchgeführt werden kann. Es wäre jedoch bei den auch in unserer Region steigenden Infektionszahlen unverantwortlich gewesen, die Ligakämpfe einfach fortzuführen. Die Infektionslage ist ernst und muss deshalb auch Folgen für Sportveranstaltungen vor Ort haben“, meinte Eichelbaum.

Derzeit ruht der Trainingsbetrieb in der Luckenwalder Ringerhalle. Die Gesundheitsbehörden prüfen die Kontaktpersonen der betroffenen Sportler. Notfalls müssen weitere Ringer in Quarantäne geschickt werden. Die beiden infizierten Athleten kämpfen unterdessen mit der Krankheit. Sie sollen einerseits unter den klassischen Corona-Symptomen wie dem Verlust des Geruchs- und des Geschmackssinns leiden, haben andererseits teilweise hohes Fieber. LSC-

Regionalliga-Trainer Jesko Schröter zeigt Verständnis für das Aus der diesjährigen Mannschaftsmeisterschaft. „Ein gewisses Risiko, dass so etwas passiert, ist gerade in der heutigen Zeit immer vorhanden. Dagegen kann man nichts machen“, sagte er.

Quelle: <https://www.sportbuzzer.de/artikel/corona-aus-fur-die-regionalliga-der-ringer/amp/> (23.10.2020)

Kenia-Fraktionen warnen vor Personalproblemen in Justiz

Die drei Fraktionen der Kenia-Koalition befürchten trotz neuer Stellen eine weiter angespannte Personallage in der Brandenburger Justiz. "In den nächsten Jahren werden circa 25 Prozent der Justizbeschäftigten in den Ruhestand treten", heißt es in einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Grünen im Landtag. Mit dem Nachtragshaushalt 2020 hätten zwar zahlreiche neue Stellen geschaffen werden können und die Stellenbesetzung habe bereits begonnen. "Jedoch können wir nicht darauf vertrauen, dass diese Lage so komfortabel bleibt", warnen die Fraktionen. Auch andere Länder suchten Personal. Über den Antrag berät das Parlament voraussichtlich im November.

Die Altersstruktur und die Personalsituation seien angesichts wachsender Aufgaben und Zuständigkeiten eine große Herausforderung für die Justiz, sagte der CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum. "Wir setzen angesichts der auf uns zukommenden Pensionierungswelle auf eine höhere Attraktivität des Justizdienstes." Die Nachwuchswerbung und die technische Ausstattung der Justiz müssten verbessert werden, es gehe auch um mehr Führungspositionen für Frauen. Deshalb sei eine Zukunftskonferenz mit Berufsverbänden und Gewerkschaften notwendig. Für das nächste Jahr sind im Entwurf des Landshaushalts 93 neue Stellen für die Justiz geplant.

Quelle: <https://www.rtl.de/cms/kenia-fraktionen-warnen-vor-personalproblemen-in-justiz-4627368.html> (08.10.2020)



Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de